

Rede zum Haushalt 2020 der Gemeinde Südlohn für die UWG-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch für 2020 ist nach vier wirtschaftlich guten Jahren in Folge wieder ein positives Jahresergebnis eingeplant, auch wenn dies mit ca. 370 T€ um etwa 1 Mio. € geringer ausfällt als 2019.

Baumaßnahmen stellen mit über 6 Mio. € den größten Investitionsposten dar, darunter z.B. notwendige Kanalbaumaßnahmen im Baugebiet Burloer Str. West, in der Blumen- und Gartenstr. oder im Gewerbegebiet Pingelerhook. Auch für die Instandsetzung von Wirtschaftswegen und die Ertüchtigung des Klärwerks wird in diese Infrastruktur investiert.

Sehr ärgerlich sind allerdings Kostenexplosionen wie bei der an sich sinnvollen und notwendigen Linksabbiegespur B70/Pingelerhook, die noch in 2019 mit anfangs 355 T€ und dann 455T€ im Finanzplan verzeichnet war, jetzt im aktuellen Haushalt aber mit mehr als 1 Mio. € um mehr als das Doppelte die gemeindlichen Ausgaben belastet.

Auf unseren Antrag im Haupt- und Finanzausschuss hin wurde den Ratsmitgliedern nun eine Einzelaufstellung der Kostenpositionen zur Verfügung gestellt, jedoch sind Steigerungen von diesem Ausmaß auch deshalb so frustrierend, weil die Rats- und Ausschussmitglieder ihre Entscheidungen und Zustimmungen zu diesen Bauprojekten auf Basis der alten, deutlich geringeren Kosten getroffen haben. Hier würden wir uns zukünftig eine realistische Kosteneinschätzung und ggf. eine Handlungsalternative, einen Plan B wünschen, um die Ausgaben für die Gemeinde im Rahmen zu halten.

Im Sommer 2020 werden voraussichtlich die Arbeiten am Neubau der St. Vitus Grundschule beendet sein, so dass zum neuen Schuljahr der Unterricht für die Schüler im neuen Gebäude stattfinden kann. Bislang bewegen sich für dieses große Projekt die Kosten annähernd im gesetzten Rahmen.

Dies erhoffen wir uns auch für die Sanierung der Von-Galen-Grundschule, deren Planung und Realisierung in den nächsten Jahren ansteht. Aus unserer Sicht ist der Rechtsanspruch auf einen Platz in der OGS ab 2025 bereits zwingend in die Planungen einzubeziehen, damit die räumliche Ausstattung der Schule den gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Die gemeindlichen Spielplätze sollen ebenso weiterentwickelt werden, einen Antrag dazu hatte unser Ratsmitglied Ludger Rotz Ende 2018 gestellt. Wünschenswert wäre neben den kleineren Quartiersspielplätzen ein größerer, attraktiver Spielplatz pro Ortsteil, für den die Kinder und Eltern/Großeltern gern einen längeren Spazierweg oder eine Fahrradtour machen. Zudem hat der

Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, ein Konzept zur Anzahl und Ausstattung der gemeindlichen Spielplätze zu erarbeiten.

Im letzten Jahr hat das Thema Straßenausbaubeiträge landesweit für viele Diskussionen gesorgt. Wir begrüßen, dass das Land jetzt zumindest 65 Millionen € jährlich zur Verfügung gestellt hat, um Bürger und Kommunen bei der Sanierung von gemeindlichen Straßen zu entlasten. Unklar ist zurzeit noch, wie und mit welcher Priorität die einzelnen Kommunen Gelder beim Land erhalten bzw. beantragen können. Sobald diese Umsetzung klar ist, sollten entsprechende Anträge für den Umbau der Blumen- und Gartenstr. gestellt werden. Eine jetzt verpflichtende vorherige Bürgerbeteiligung ist in unserer Gemeinde schon seit vielen Jahren gelebte Praxis. Die UWG hält es im Grundsatz für richtig, in angemessener Weise auch weiterhin noch Straßenausbaubeiträge zu erheben, die für die Bürger tragbar sind. Durch diese Regelung muss der Anlieger erst dann Ausbaubeiträge zahlen, wenn auch wirklich für seine Erschließung eine Verbesserung eingetreten ist. Zudem sorgt sie dafür, dass Bürger, die bereits in den letzten Jahren und Jahrzehnten ihren Anteil für einen Straßenumbau gezahlt haben, nicht durch eine allgemeine Straßenbauumlage doppelt belastet werden.

Für die Idee eines KulturBürgerhauses, vorher auch Projekt TonArt genannt, sind in diesem Haushalt 7 T€ eingestellt. Es soll geprüft werden, ob die visionäre Idee der Musikkapelle und weiterer Beteiligter, in die schon viele Stunden Arbeit der ehrenamtlich Tätigen geflossen sind, eine reelle Chance bekommt, realisiert zu werden.

Die Gewerbesteuereinnahmen haben sich im letzten Jahr mit fast 5,7 Mio. € sehr erfreulich entwickelt. Trotz der sich leicht abkühlenden Konjunktur, verbunden auch mit noch unsicheren Handelsbedingungen aufgrund des Brexit, rechnet die Kämmerin für 2020 auch mit Einnahmen aus Gewerbesteuer von über 5 Mio. €. Die bislang gute Auftragslage der Firmen in unserer Gemeinde sichert und schafft Arbeitsplätze und sorgt zusammen mit den Einnahmen aus der Umsatz- und Einkommensteuer für Steuereinnahmen von fast 13 Mio. €. Trotz der gestiegenen Kreis- und Jugendamtsumlage von insgesamt 6,27 Mio. € verbleibt noch ein Anteil von 6,275 Mio. € bei der Gemeinde, um Ausgaben im laufenden Haushalt abzudecken.

Die Ausgaben für Personal- und Pensionen liegen in den letzten 5 Jahren stets unter 20 % der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, am Kreditmarkt verringert sich durch die anhaltende Niedrigzinsphase die Summe der Zinszahlungen für erhaltene Kredite auf 1.42 % der Einnahmen.

Die Hebesätze für die gemeindeeigenen Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer bleiben konstant und führen nicht zu einer Mehrbelastung der Bürger. Schlüsselzuweisungen bekommt die Gemeinde Südlohn bereits seit 2017 nicht mehr.

Durch die Veräußerung nicht mehr benötigten Anlagevermögens könnte der Anstieg der Neuverschuldung trotz hoher in den nächsten drei Jahren noch anstehender Investitionen (in Höhe von etwa 18 Mio. €) vermindert werden. Dazu wäre ein entsprechender Ratsbeschluss erforderlich, den auch die Mehrheitsfraktion mitträgt. Dies war in der Vergangenheit leider noch nicht möglich.

Für beide Ortsteile ist im letzten Jahr das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept entwickelt und verabschiedet worden. Die ersten Maßnahmen (z.B. Wohnraumversorgungskonzept, Schaffung von Sitzmöglichkeiten in den Ortskernen) sollen in diesem Jahr umgesetzt werden.

Die Ansiedlung des Drogeriemarktes im Ortsteil Oeding und die Weiterentwicklung des Ortskerns mit Kirmesplatz und Rathausumfeld werden von den Bürgern gewünscht und erwartet. Verwaltung und Rat sollten ihren Teil bei der weiteren Planung und Beschlussfassung gründlich, aber zeitnah abarbeiten, damit die Investoren danach auch die vorgestellten Pläne umsetzen können, denn auch die Projekte aus der Kaufmannschaft tragen zur Entwicklung des Ortsbildes bei. Wenig hilfreich sind dagegen längeres Blockieren und wiederholtes Aufschieben von Entscheidungen, um später unredlich nachzufragen, warum bestimmte Projekte, die man vorher blockiert hat, noch nicht fertig sind.

Spätestens seit den beiden letzten trockenen Sommern ist das Thema Klimawandel bzw. Klimaschutz in vielen Facetten präsent. Egal ob Wohnen, Arbeiten, Energieerzeugung und –einsparung oder Mobilität, oft ist neben anderen Aspekten und Argumenten auch der Klimaschutz mit abzuwägen. Hier schlagen wir vor, dass sich die Verwaltung in regelmäßigen Abständen mit dem Klimaschutzmanager des Kreises Borken, Herrn Boland, austauscht und so zusätzliche Impulse und Anregungen für praktisches Umsetzen von Klimaschutz erhält. Der Kreis Borken sieht sich hier auch als Dienstleister für die Bürger und seine Kommunen, dieses Angebot sollten wir daher nutzen.

Damit in Zukunft die Stromerzeugung nicht mehr vorrangig durch Atomkraftwerke und das Verbrennen fossiler Energieträger wie Stein- und Braunkohle erfolgt, ist zu prüfen, ob es sinnvolle zusätzliche Standorte für Windkraft oder die Nutzung von vorhandenen Dachflächen für Photovoltaik gibt. Hier stellt aus unserer Sicht das Konzept eines Bürgerwindparks mit einer echten Anwohnerbeteiligung an einem Windkraftprojekt eine gute Möglichkeit dar, neben den einzuhaltenden Mindestabständen einen fairen Interessenausgleich für alle Beteiligten hinzubekommen. Eine Verspargelung der Landschaft ist nicht das Ziel! Nur wenn die betroffenen Bürger in der Nachbarschaft eine Chance auf Ausgleich ihrer Interessen erhalten, werden zukünftige Projekte auch von ihnen akzeptiert.

Eine gute Kommunikation und ein offener Austausch von Informationen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik machen eine funktionierende Demokratie aus. Wir alle sollten dies zum Anlass nehmen, vielmehr den direkten Kontakt und das direkte Gespräch miteinander zu suchen. Dies gilt für viele Themen und Handlungsfelder, egal ob Straßenausbau, den Umbau der Schlinge oder die Gestaltung der Ortskerne. Hat man die Chance, vorher miteinander zu sprechen, um Fragen, Wünsche und Ziele auszutauschen, gibt es hinterher weniger Missverständnisse oder falsche Erwartungen.

Wir stimmen als UWG Fraktion diesem insgesamt ausgewogenen Haushaltsentwurf der Kämmerin zu und möchten uns bei Ihnen und der gesamten Verwaltung für Ihre Arbeit, Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft, auch im Vorhinein oft Dinge zu klären und zu erläutern, bedanken.